

Szenario

Dem Deutschen Bundestag liegen vier Entwürfe vor:

1. Entwurf eines **Gesetzes über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes** – eingebracht vom Bundesrat
2. Entwurf eines **Gesetzes zur Änderung des Pflegezeitgesetzes** – eingebracht von der Bundesregierung
3. Entwurf eines **Gesetzes zur Einführung von Nutzungsgebühren für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf Bundesfernstraßen** – eingebracht von der Bundesregierung
4. Entwurf eines **Gesetzes zur Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht bei Bundestagswahlen** – eingebracht von einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten

Ihre Aufgabe als Abgeordnete/r ist es nun, über diese Entwürfe zu beraten und zu entscheiden.

Mit Ihren Kolleginnen und Kollegen diskutieren Sie in den Fraktionen, in Ausschüssen und im Plenum über die Entwürfe und mögliche Veränderungen, bevor Sie im Rahmen der 2. und 3. Lesung am Dienstagvormittag darüber abstimmen. Sie thematisieren Chancen und Probleme, die mit den Vorhaben verbunden sind, und versuchen das durchzusetzen, was aus Sicht Ihrer Fraktion politisch wichtig und richtig ist.

Folgende Fraktionen gehören dem Deutschen Bundestag an:

- CVP - Christliche Volkspartei
- APD - Arbeitnehmerpartei Deutschlands
- LRP - Liberale Reformpartei
- PSG - Partei der sozialen Gerechtigkeit
- ÖSP - Ökologisch-Soziale Partei

Folgende Ausschüsse sind beteiligt:

1. Bei den Beratungen zum Thema *anonymisierte Bewerbung* hat der Ausschuss für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung die Federführung. Beratend beteiligt sind der Arbeitsausschuss sowie der Ausschuss für Gleichstellungsfragen.
2. Bei den Beratungen zum Thema *Pflegefreistellung* hat der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Federführung. Beratend beteiligt sind der Gesundheitsausschuss sowie der Wirtschaftsausschuss.
3. Bei den Beratungen zum Thema *PKW-Maut* hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Federführung. Beratend beteiligt sind der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie der Ausschuss für Forschung und Technologie.
4. Bei den Beratungen zum Thema *Wahlpflicht* hat der Innenausschuss die Federführung. Beratend beteiligt sind der Ausschuss für Soziales sowie der Rechtsausschuss.